

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr 16181

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettelerstrasse Nr. 4, und bei allen laienl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Zeitzeile oder deren Raum 20 M. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Inserataufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

Politische Uebersicht.

Danzig, 30. November.

Combinationen betreffs der Militärvorlage. Daß der Kaiser beim Empfang des Reichstagspräsidenten sich für die Annahme der Militärvorlage aussprechen werde, war nicht schwer vorzusehen; aber eine Erklärung, daß die Vorlage, wie sie zur Zeit dem Reichstage vorliege, unverändert angenommen werden müsse, ist nicht erfolgt, obgleich die "Nordd. Allg. Blg." im Gegensatz zu allen anderen Berichten etwas ähnliches behauptet. Die "längere" Dauer der Rede, in welcher der Kaiser die Gründe für die Vorlage entwickelt haben soll, läßt sich schon daraus ermessen, daß der ganze Empfang noch nicht zehn Minuten gedauert hat. Die Bemerkung des Kaisers, daß der Kriegsminister dem Reichstage wohl überraschende Mittheilungen über die Rüstungen, namentlich Frankreichs machen würde, bezog sich wohl nicht auf die Verathung im Plenum, sondern auf die Commissionssitzung. So interessant nun auch diese Mittheilungen sein werden, so erscheint es andererseits angezeigt, zunächst für die Vorbereitung auf die Debatte noch eine etwas längere Frist zu lassen.

Während hier und da der Gedanke auftaucht, daß es sich bei der Vorlage mehr um eine antizipative Mobilmachung oder die Vorbereitung auf eine solche handle, meint der Verfasser der militärischen Correspondenz der "Post", es handle sich darum, für den Fall eines Krieges mit zwei Fronten dem einen Gegenüber mit Unterstützung der Besatzungsstruppen, des Landsturms und der Festungen die Vertheidigung des Grenzgebietes auf längere Zeit zu übernehmen, so daß die Feldarmee im Umfange unserer bestehenden Organisation in voller Stärke den Kampf auf der anderen Fronte aufnehmen und durchführen könne. Welchen Werth diese Combinationen haben, ist freilich schwer zu entscheiden. Zur Deckung des Mehrbedarfs an Reitern für den 1. April wird von dieser Seite nicht ein Zurückgreifen auf die Erfazreserve befürwortet, sondern eine außerordentliche Aushebung der als überzählig verfügbaren gebürgten Militärschichten der letzten drei Jahre.

Das Bedenklich an all diesen Projecten ist die Voraussetzung, daß vom 1. April nächsten Jahres ab mindestens noch fünf Jahre der Frieden erhalten bleiben würde, da nur unter dieser Voraussetzung der eigentliche Zweck der Maßregel erreicht werden kann. Wenn das wirklich den Absichten der Regierung entspricht, so muß dieselbe die Lage der auswärtigen Politik bzv. das Verhältnis Deutschlands zu den Nachbarstaaten ganz anders beurtheilen, als dasselbe sich in den Kundgebungen der Presse aufzeigt.

Das zu erwartende Avancement.

Das Avancement, welches der neue Gesetzentwurf betreffend die Vermehrung der Friedenspräsenz mit sich bringen würde, bildet Gegenstand lebhafter Erörterungen. Die "Vol. Nachr." stellen darüber folgendes Rechenergänzung an:

In höheren Commando-Hördöden sollen 2 Divisions-Säcke geschaffen werden, dafür aber bei dem 12. (königl. sächsischen) Armee-corps der Stab der Cavallerie-Division in Fortfall gerathen, so daß aus der Reihe der Generalmajors nur ein Generalleutnant neu zu ernennen sein würde. Die beiden Divisionen nun erfordern 4 Brigadegenerale; somit wären im ganzen 5 Obersten zu Generalmajors zu befördern.

Wenden wir uns nun zunächst bezüglich der Infanterie dem größten Contingente des Reiches, der preußischen Armee zu, so ergiebt die projectirte Neuformirung für diese folgendes Avancement: 5 Regimenter erfordern als Commandeure fünf Obersten; es avancieren demgemäß 5 Oberstleutnants zu Obersten, 5 Majors zu Oberstleutnants und 5 Hauptleute zu Majors. An Compagniechefen benötigen die neuen Regimenter 60 Hauptleute, außerdem ebenso viele Premierleutnants und etatsmäßig je 28 Secondleutnants (welche legieren übrigens nach Ausweis der Rang- und Quartierliste bei den wenigsten Regimentern in dieser Anzahl vorhanden sind). Es würden hiernach 65 Premierleutnants zu Hauptleuten und die gleiche Anzahl von Secundleutnaten zu Premierleutnaten zu befördern sein bei einer Zahl von 101 preußischen Infanterie-Regimentern, wobei wir in diesem Falle die Regimenter 91 (oldenburgisch), 93 (anhaltisch), die thüringischen Regimenter 94, 95 und 96, sowie die 1881 neu formirten Regimenter Nr. 97, 98, 99 und 128 bis 132 mitrechnen. Das macht für die Lieutenanten ein durchschnittliches Avancement von noch nicht einem paß, ein Erfolg, welcher außerdem noch durch die à la suite re. eines jeden Regiments befindlichen Offiziere, die mit der Zeit doch immer irgendwo wieder eintanzen müssen, nicht merklich abgeschwächt wird.

Etwas günstiger allerdings gestaltet sich der Einfluss der für nothwendig befindenen Neuformirungen naturgemäß bei der Feldartillerie, doch diese eine an Cadres weit schwächer Waffengattung ist. Von den ca. 35 etatsmäßigen Stabsoffizieren derselben sollen nunmehr 21 zu Abtheilungscommandeuren aufzählen, so daß in Folge dessen 21 Hauptleute zu Majors und einschließlich der neu zu formirenden 24 Batterien 45 Premierleutnants zu Batterie-Chefs und ebenso viele Secondleutnante zu Premierleutnaten befördert werden können. Ein fernereres Avancement wird der Feldartillerie (in geringem Anteile hieran auch der Cavallerie) durch Angabe von Offizieren für die neu zu formirenden 14 Traincompagnien erwachsen, da der Train selbst aus seinem Offiziercorps die erforderlichen Offizierstellen zu besetzen außer Stande ist.

Bei dieser Gelegenheit mag noch ein recht alberner Vorwurf berührt werden, den das officielle Organ der freisinnigen Presse macht. Der letzteren wird insinuiert, als ob sie "nicht selten" dieses

Avancement als „den Hauptzweck des Gesetzentwurfs“ hingestellt hätte. Wer hat das denn gethan?

Die kirchenpolitischen Verhandlungen.

Die Centrumspresse bestätigt jetzt die Nachricht, daß die Verhandlungen zwischen der preußischen Regierung und der Kurie noch nicht so weit getrieben sind, um einen Abschluß irgendwie jetzt ablehnen zu lassen. Ein solcher ist nach uns zugehenden Mitteilungen unseres Δ.-Correspondenten kaum vor Anfang nächsten Jahres zu erwarten. Es liegt in der Absicht, auch in der nächsten Landtagssession das Herrenhaus zuerst mit der Vorlage über die kirchenpolitische Angelegenheit zu beschäftigen. Die Angriffe der ultramontanen Presse gegen den Bischof Dr. Kopp haben dessen Aufsehen bei der Regierung nicht beeinträchtigt, die Kreise, die ihm in Berlin nähergetreten sind, aber umso peinlicher berührt.

Die gesetzliche Zulassung der Gewerksvereine.

An den Bundesrat und den Reichstag hat der Centralrat der deutschen Gewerkschaften (Kirch-Dünker) die Petition betreffend die gesetzliche Zulassung der Berufsvereine, welche in voriger Session nicht zur Berathung gelangt war, von Neuem, in Wesentlichem unverändert, gerichtet. Der Abg. Schrader hat die Petition dem Reichstage überreicht. Die sehr eingehend und sachlich begründete Petition, der als Material ein Gesetzentwurf beigelegt ist, erfordert die gesetzgebenden Factoren dringend, "einerseits in Anknüpfung an die Gesetzentwürfe des von allen Parteien verehrten Schulz-Deutsch von 1868 und 1872, andererseits in Consequenz der neuen arbeiterfreundlichen politisch-organisatorischen Socialpolitik, den Berufsvereinen baldmöglichst die gesetzliche Anerkennung zu Theil werden zu lassen". "Wir verlangen", so schließen die Petitionen, "keinen Zwang, keine Autorität, keine Vorrechte, sondern nur Gleichberechtigung und Schutz für Organisationen, zu deren freiwilligen Errichtung das gemeinsame und das eigene Wohl der Individuen treiben". Die neuesten Vorkommnisse, insbesondere das Erkenntniß des Kammergerichts gegen die Ortsvereine von Rixdorf und Britz dienen, wie in der Begründung hervorgehoben wird, die Nothwendigkeit einer gesetzlichen Regelung dieser großen Interessen besonders dringend erscheinen lassen.

Die orientalische Krise.

Die officielle "Nordd. Allg. Blg." legt den in den letzten Tagen von verschiedenen Seiten her vorliegenden Kundgebungen zur gegenwärtigen politischen Situation einen hervorragend friedlichen Charakter bei und hält dieselben für geeignet, das Vertrauen zu befestigen, daß es gelingen werde, einen Ausgleich der nach verschiedenrichtungen hin bestehenden Gegensätze zu Wege zu bringen. Als ein in erster Linie bedeutsames Moment für diese Auffassung kann die letzte Rede angesehen werden, die Graf Andrássy in Pest gehalten und in welcher er den Nachweis führt, daß eine Collision zwischen Österreich-Ungarn und Russland nicht nur vermieden werden sollte, sondern auch daß eine solche durch die rationelle Politik beider Reiche und ihrer Interessen gar nicht geboten ist. Die österreichische Presse erkennt in voller Übereinstimmung und Einmütigkeit in den Worten des genannten Staatsmannes und Parteiführers die staatsmännische Begründung eines Programms, das geeignet sei, der österreichischen Politik die Sympathien aller an Balkanfragen nicht unmittelbar beihaltenden Völker zu gewinnen.

In besonders sympathischer Weise beurtheilt das meist gut unterrichtete Wiener "Fremdenblatt" die Andrássy'schen Ausführungen und bemerkt zu denselben, wie die von dem Redner zum Ausdruck gebrachte Thatsache, daß es in der Monarchie nie zwei Richtungen gegeben habe, von denen die eine den Krieg, die andere den Frieden im Auge gehabt hätte, sehr werthvoll sei. Soweit sind alle Symptome vertrauenerwachend. Um so störender wirkt die Nachricht von einer entdeckten

Berschwörung in Serbien.

Schon vor einigen Wochen circulierten bereits dumpfe Gerüchte von der Entdeckung eines Attentats auf den König. Es ist unangeflaßt geblieben, welche Thatsachen den damaligen Angaben zu Grunde gelegen haben. Schon damals aber deutete man auf Montenegro resp. Russland als den Herd dieser Anschläge, und diese Annahme wurde um so stärker, als bald nachher in der ungarischen Delegation die aufsehenerregende Enthüllung von in Settimo unter russischen Aufsicht getroffenen Vereinbarungen des Fürsten der schwarzen Berge mit seinem Schwiegerohn, dem Prinzen Karageorgewic, bezüglich der Ansprüche des letzteren auf den serbischen Thron gemacht wurde. Und diese Angaben scheinen nur zu begründet gewesen zu sein, wie nachstehendes Telegramm besagt:

Wien, 30. Nov. Nach der "A. Fr. Br." ist die serbische Regierung einer weitverzweigten Berschwörung auf der Spur, deren Fäden bis Renska, Cettinje und Antivari reichen. König Milan sollte am Mittwoch auf der Jagd im Hochgebirge bei Branje gefangen und nach Montenegro entführt werden. Durch den Minister des Äußern, Frassanowitsch, gewarnt, kehrte Milan schon Montag nach Belgrad zurück.

Nähere Aufklärungen über diesen Frevel werden abzuwarten bleiben. Die Vermuthung wird sich dann wohl bestätigen, daß russische Hände hierbei im Spiele gewesen seien.

Der Dadian von Mingrelien

wird nach einer Wiener Meldung des "B. L." in der nächsten Zeit in Konstantinopel erwartet; derselbe soll auf Wunsch des Saren sich dem Sultan vorstellen und dessen Zustimmung zur Candidatur für den bulgarischen Fürstenthron einholen. Dagegen wird die bulgarische Deputation die Großmächte bitten, des Mingrelers Candidatur fallen zu lassen, weil angemessen der Stimmung in Bulgarien die Candidatur ausichtslos sei und selbst die persön-

liche Sicherheit des Dadian nicht verbürgt werden könnte. Die Deputation hat ferner die Aufgabe, die Großmächte außer der baldigen Ermöglichung der Wahl eines geeigneten Fürsten auch um die Herstellung der staatsrechtlichen Vereinigung Osruriens mit Bulgarien anzuwünschen. An der Spitze der Deputation steht Justizminister Stolow; außerdem wurde der Rumelot Kalew, welcher an der Erhebung in Philippopol großen Anteil gehabt hat, zur Deputation zugezogen.

Das Schicksal der Berschwörer,

die an dem letzten Plane zu einer Emeute in Sofia beteiligt waren, wird allem Anschein nach, wie schon erwähnt, kein so rostiges sein, wie das der Grüew, Bederowc. So erwartet, daß die erste Sitzung des Feldkriegsgerichts in Sachen der Berschwörer aus der Junktorschule am Donnerstag stattfindet. Der in Burgas weilende Chef-Auditor Major Paniza, durch seine Energie bekannt, ist telegraphisch nach Sofia berufen, um bei diesem Gericht den Vorfall zu führen. — Da im Lande mehrere durch russische Hubel bestochene Reserve-Offiziere nach Raulbars' Methode das Volk aufzuwiegeln versuchten, brachte der Kriegsminister einen Gesetzesvorwurf ein, wonach solche Offiziere und Militärpersönlichen direct dem Militärstrafgesetzbuch unterstehen sollen. — Man glaubt, nach einer Meldung des "B. Blg.", in Sofia, daß die Regierung bald Gelegenheit nehmen wird, ein warnendes Beispiel zu statuiren, indem sie den Berschwörern statt des üblichen Georgskreuzes einen Galgenstrick verleiht oder dieselben erstickt läßt. Gerichtsweise heißt es, der russische Einfluß suche sich auf Umwegen bereit wieder dahin stossen zu machen, daß die exprierten rücksätzlichen Berschwörer abermals begnadigt würden.

Stanley und Emin Bey.

Außer Stanley soll sich auch der Afrilarende Thomson, der vor zwei Jahren das Klima Njaro und Kena-Gebiet bereiste und als entschiedener Gegner Deutschlands bekannt ist, bereit erklärt haben, eine Unternehmung zum Entzugs des im Süden der früheren ägyptischen Aquator-Provinz zurückgebliebenen Emin Bey (Dr. Schnitzler) zu organisieren, zu welchem Zweck mit den englischen Regierung Verhandlungen stattfinden oder eingelettet werden sollen. Wir können, bemerkt dazu die "A. Blg.", nicht leugnen, daß uns dieser plötzliche englisch-amerikanische Eifer, ein wenig verdächtig vorkommt. Die deutsche ostafrikanische Gesellschaft wird jedenfalls wohl thun, auf ihrer Hut zu sein. Es könnte sich demnach finden, daß die menschenfreundlichen Absichten Stanleys und Thomsons nicht ganz ungemeinster Natur sind, und daß dabei im Rücken unserer ostafrikanischen Erwerbungen allerhand colonialpolitische Zwecke verfolgt werden, die mit den unferigen im Widerspruch stehen. Bei der augenblicklich sehr mischliche Lage des Kongofractates läge es für Stanley, als den Vater desselben, näher, dem König Leopold seine Dienste zur Vertheidigung bzw. Wiedergewinnung der von den Arabern angegriffenen Gebiete am mittleren und oberen Laufe des Stromes anzubieten. Bei dem Nimbus, der seinen Namen in Mittelafrika umgibt, und bei der Erfahrung, die er im Kampfe gegen die Eingeborenen gesammelt hat, würde es keinen geeigneteren Oberbefehlshaber geben können, als er es ist.

Die österreichische Delegation

hat gestern ohne Debatte unverändert das außerordentliche Heeresfordernis, sowie die übrigen verlangten Credite genehmigt. Die verschiedenen Referenten konstatierten die Übereinstimmung der Beschlüsse der beiden Delegationen.

Weitere 30 Millionen für Tongking.

Gestern kam in der französischen Deputirtenkammer der Credit von 30 Millionen Francs für das Protectorat über Tongking zur Berathung. Dabei erklärte der Minister des Auswärtigen, Freycinet, der geforderte Betrag von 30 Millionen würde nach und nach verschwinden, es sei eine jährliche Verminderung derselben um 5 Millionen in Folge der Einnahmen der vorauszusehenden. Von einer Räumung Tongkins könne nicht mehr die Rede sein. Der Minister appellierte an den Patriotismus der Kammer und erbat eine einstimmige Annahme, um dadurch vor den auswärtigen Nationen und den Eingeborenen Tongkins die Feindseligkeit der französischen Einrichtungen derselbst zu bekräftigen. Zwar folgte diesen Worten Beifall, aber auch Widerfuhr. Der Abgeordnete Raoul Duval sprach für die Räumung Tongkins. Freycinet erklärte, er würde eine Reduction der Credite als ein Anzeichen dafür ansehen, daß man an die Räumung Tongkins denke; die Regierung müsse einen derartigen Gedanken entschieden zurückweisen. Der Credit wurde schließlich mit 278 gegen 249 Stimmen genehmigt; ebenso wurde der Credit für das Protectorat über Tunis bewilligt.

Diese schwache Majorität beweist aber, wie wenig allgemein die Vorliebe für das kostspielige ostasiatische Colonialunternehmen ist.

Deutschland.

— Berlin, 28. Novbr. In der gestrigen freisinnigen Wählersversammlung des I. Berliner Reichstagswahlkreises haben die socialdemokratischen Einwohner wieder einmal, glücklicher Weise aber erst am Schlusse, eine Störung der Versammlung herbeigesetzt. Zu den merkwürdigsten Anklagen, welche der Redner der Socialdemokraten, Stadtverordneter Görki erhob, gehört die, daß die Freisinnigen der Reaction durch Annahme des Socialistengesetzes Vorschub geleistet hätten. In der letzten Session handelte es sich, wie zur Genüge bekannt ist, um eine ganze Reihe um die Frage, ob die Socialdemokraten bereit seien würden, auch in der Schlusshälfte für das nach dem Antrage Windhorst amendirte, also wesentlich abgeschwächte Gesetz zu stimmen. In diesem Falle erklärten sich

auch die Freisinnigen bereit, für ein also modifiziertes Gesetz zu stimmen. Es lag auf der Hand, daß die Regierung diesen Beschuß als gleichbedeutend mit der Ablehnung der Vorlage betrachtet und abgelehnt haben würde. Nach Lage der Sache war das der einzige mögliche Weg, das Socialistengesetz zu bestimmen. Die socialdemokratischen Abgeordneten weigerten sich, auf diese Taktik einzugehen, und jetzt kommt Herr Görki und beschuldigt die Freisinnigen, die gegen das Socialistengesetz gestimmt haben, der Unterstüzung der Reaction! und arbeitet damit den Conservativen in die Hände, deren Kandidat selbstverständlich für die Verlängerung des Gesetzes so lange stimmen wird, als die Regierung eine solche beantragt.

— Berlin, 29. November. Die Reichstagssitzung wird dem Vernehmen nach binnigen kurzen wieder zu einer Sitzung zusammengetreten und es liegt in der Absicht, mit dieser Sitzung eine eingehende Besichtigung der im raschen Fortschreiten begriffenen Arbeiten am neuen Parlamentsgebäude zu verbinden. Durch den Tod des Reichstagsabgeordneten Löwe-Berlin ist eine Stelle in der Commission unbesetzt und es wird deshalb eine Ergänzungswahl stattzufinden haben.

* [Der Kriegsminister] ist von seinem Halsleiden völlig überhebelt.

* [Das Befinden des Grafen Münnich] ist der "Post" zufolge ein fortscritead besseres, die Schmerzen und Entzündung des linken Schultergelenks sind viel geringer. Der französische Ministerpräsident Freycinet machte dem Postchaster gestern Nachmittag einen halbstündigen Besuch.

L. [Abg. Hügel über das Militärgebot.] Die Rede, welche Reichstagsabgeordneter Dr. Hügel neulich im "Liberalen Verein" in Kiel gehalten hat, liegt nunmehr im Wortlaut vor. Herr Dr. Hügel präzisiert darin seinen Standpunkt gegenüber dem Militärgebot in folgenden Sätzen:

"Was zur Vertheidigung des Vaterlandes, zur Beauftragung seiner Existenz, zur Abwehr von Gefahr nachweisbar erforderlich ist, wir können es nicht ablehnen, auch wenn es neue Opfer fordert. Das heißt nicht nur die Pflicht des Patriotismus, die in jedes Gesetz eingeschrieben ist. Denn rath selbst der Idealismus unserer Ziele. Denn jene Mission des Friedens, die Herbeiführung eines Einverständnisses des Volkes und Staates, das uns von dem Gedanken der militärischen Last befreit, kann nur ein Staat übernehmen, der dem Verdacht der Schwäche oder gar der Feigheit überhebt ist. Aber auf der anderen Seite — was dem Gedanken des jetzt im Schwange befindlichen Systems des Überheits- und Emporschauens des militärischen Rüstung entspringt, was nur hier seine Begründung und Erklärung findet — ich verwerfe es unabdingt. Und ich werde mich dabei nicht beirren lassen durch das Ausspannen politischer Combinations, die verlassen von jedem Vertrauen auf die Unschuld unserer Staatsleitung und freilich auch auf unser gutes Glück, uns als Angriffsobjekt aller Nachbarn ausmachen. Als ob sie uns nicht alle Opfer einer Weltkriegs ohne ihre Borteile zumuteten. Ich weiß, daß hierzu der Muth schwerer eigener Verantwortlichkeit gehört, die — und gerade das ist das Wesen der Verantwortlichkeit — sich auch irren kann. Aber in einer Frage von solcher Schwere wie ich es schledernd zurück, daß ich der Autorität und sei es des rücksichtigen Staatsmannes und des größten Militärs beigebe. Wer das verlangt, der mag für die grossen Fragen des Volkslebens die Dictatur, den Absolutismus errichten; dann mögen die ausschlaggebenden Autoritäten auch für ihre Berlin die Verantwortlichkeit voll und ganz tragen. Als Abgeordneter habe ich rein und ungebrochen meiner Überzeugung zu folgen. Nur Das wird mich bestimmen, was diese meine Überzeugung zu gewinnen vermag, was als Nothwendigkeit begründet und erwiesen wird. So stehe ich, so steht die freisinnige Partei mit dem Entschluß der stärksten Kritik dem neuen Militärgebot gegenüber. Wir werden uns von diesem Standpunkt durch keine chauvinistischen Agitationen, durch keine Verächtigungen abdrängen lassen. Man spricht von Auflösung. Nun gut — das deutsche Volk mag entscheiden. Wir werden unsere Pflicht gehabt haben nach freier Überzeugung. Theilt das Volk unsere Ansichten nicht, so mag es die besseren Verather haben und finden."

* [Das Schulzenegger in

Mit dem heutigen Tage eröffne ich einen großen

Weihnachts-Ausverkauf

in allen Abtheilungen meines Lagers.

Die Preise sind außerordentlich billig und in Zahlen auf jedem Etiquet vermerkt.

Bei Einkäufen von 50 Mark an gewähre 10 Prozent Rabatt.

Max Bock, Langgasse 3,

Größtes Special-Geschäft für Damen- u. Mädchen-Mäntel.

In der Nacht zum 28. d. Mts. verlor ich nach unglücklichem Leidens an den Folgen einer Schreibzündung unser unvergesslicher heilsame Sohn und Bruder des Steuer-Inspectors und Hauptmann der Landwehr.

Oscar Hoffmeister

in seinem 44. Lebensjahr.
Diese traurige Anzeige widmen statt beiderer Meldung seinen vielen Freunden und Bekannten um Hilfe Theilnahme bittend.

Die tiefbetribten Eltern und Geschwister.

Bekanntmachung.

Bedarf Verklärung der Seefahrt, welche das Schiff Hoffnung, Capitain Gerlach, auf der Reise von Liverpool nach Neufahrwasser ersitten hat, haben wie einen Termin auf den 2. December er., Vormittags 9½ Uhr, in unserem Geschäftskloale, Langenmarkt 43, anberaumt. [7515 Danzig, den 30 November 1886. Königl. Amtsgericht X.

Mobiliar-Auction Hundeg. 122. Wegen Mittwoch, den 1. Dezember, Vormittags 10 Uhr, werde ich dasselbst im Auftrage ein herrschaftliches Mobiliar als 1 mah. Cylinderbüro, 1 mah. Schreibereitair, 1 eleg. mah. Büsset mit Marmor, 1 dito Speisetafel mit 6 Einlagen und 1 dito mit 4 Einlagen, 1 Schlafsofa, 2 Sofas, 2 Sophistiche, 6 Rohrlehnstühle, 6 Wiener, 6 Fluchstühle, 1 Sesselstuhl, 2 mah., 2 birg. Bettgestelle mit Springfedermatratzen, ein Polsterstuhl mit Marmor, 2 dito Nachttische mit Marmor, 2 mah. Kleiderkabinde, 2 Verticows, 1 bronzenen Weißer-Spiegel mit Consol u. Marmor, 3 Teppiche, 1 Regulator, Betten, Hängelampe u. s. w. öffentl. an den Meistbietenden gegen Barzahlung verkaufen, wozu einlade. [7497 A. Olivier, Auctionator u. Taxator, Bureau: Höhergasse 1, parterre.

An Order

ex Dampfer "Marengo" von Newyork sind hier per Dampfer "Iris" angenommen:

Nr. 214/219 — 300 Fässer

Schmalz,

— 20 Barrels Harz.

Die Inhaber der günstigen Connossements belieben sich schmunzigt zu melden bei

F. G. Reinhold.

Brockhaus

kleines Conversations-Lexikon mit zahlreichen Karten und Abbildungen 1886. 2 Bände in eleg. Einbänden 18 M. Vorräthig bei

(7477)

A. Trosien,

Betersiengasse Nr. 6.

Eine Partie Musikalien a. Bogen 10 Pf zu verkaufen. Marta Knauth Nfg., Langg. 67. Ging. Vorlesehaften

Schwedische Heilgymnastik ertheile ich wieder vom 1. Dez. ab. Getawie Wästfelt, Hundegasse 78.

Baden-Baden-Lotterie, III. Kl. Ziehung 1.—3 December er., Loose a. M. 60.

Weimarische Kunst-Anstellungs-Lotterie, III. Kl., Erneuerungslose, a. M. 250, Kaufloose 5 M.

Berliner Gold-Lotterie vom Rothen Kreuz, Hauptgewinn 150 000 M. Loose a. M. 50.

Oppenheim-Lotterie, Hauptgew. i. W. v. a. M. 12 000, Loose a. M. 2.

Kölner Dombau-Lotterie, Hauptgewinn a. M. 75 000, Loose a. M. 350.

Allerletzte Ulmer Münsterbau-Lotterie, Hauptgewinn a. M. 75 000, Loose a. M. 50 bei

Th. Bertling, Gerbergasse 2.

Günstige und ital. Buchführung, Rechner und Correspondenz lehrt mündlich und brieflich

H. Hertell,

Frauengasse 43, part. (7423)

Wildhandlung Nr. 13.

Dam., Schwarz., Rehwild, Hasen (auch gepickt) Waldschneisen, Falanen, Hasel-, Birke-, Rebhühner, Drosseln, kleine junge Puten, Capauen, Enten u. c.

Paul Borchard,

Nr. 80, Langgasse Nr. 80, Ecke der Wollwebergasse, empfiehlt sein reichhaltiges Sortiment aller Sorten Glacee-, Wildleder- u. Stoff-

Handschuhe

zu bekannt billigen Preisen in nur guten Qualitäten.

Alleinges Depot in Derby-Dogs, Handschuhe der weltberühmten Marke Gundleder.

Preis Vier A. 2.75

Zurückgelegt sind für Weihnachten:

Dänische Damen Handschuhe — bestes ausländisches Fabrikat — von 3—10-füßig in schwarz, couleure u. hellfarbig (Ballfarben) zu noch nie dagewesenen Preisen! (Schwarz 3-knöpfig und 4-knöpfig a. M. 1.50) Ferner:

Ein Posten schwarze Schürthandschuhe, 6 Knöpflang, a. M. 1.75 | Prima Qualität.

" " " 6 Knöpflang, a. M. 2.25 | Prima Qualität.

" " couleure " ohne Rauten a. M. 1.50

" " " mit Rauten a. M. 1.75

" " Glacehandschuhe mit Agraffen a. M. 1.75

" " " 2-knöpfig a. M. 1.25

" " " 2-knöpfig a. M. 1.

In Ballhandschuhen in Seide und Glace sind Neuheiten in überraschend großer Auswahl eingegangen.

Sämtliche wollene Handchuhe werden trotz der erhöhten Wollpreise zu meinen vorjährigen sehr billigen Preisen abgegeben.

Auerkant grösste Auswahl in Cravates!

en gros — en detail.

Alleinges Depot in: Monopol-Weiten, Schleifen, Nina-Cravates mit hochleinen Kadeln (das Neueste, patentirt) u. Negatta-Weiten

7485 Nouveautés treffen bis zum Weih-

nachtsfest wöchentlich ein,

und umfasst meine Cravatten-Collection stets das Neueste u. Geheimdankvollste.

Reichsortiges Lager in Trägern, Cachenez, Krügen und Manschetten

Paul Borchard,

80, Langgasse 80, Ecke der Wollwebergasse.













